

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Staatskanzlei des Kantons Bern
Postgasse 68
3000 Bern 8

Bern, 12. Juli 2021

Per E-Mail an: politischegeschaefte.sta@be.ch

Änderung des Gesetzes über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz; IG) – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Staatsschreiber
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zum vorliegenden Gesetzesentwurf nehmen zu können.

Die FDP.Die Liberalen Kanton Bern begrüsst die vorgeschlagene Revision des Informationsgesetzes aus folgenden Gründen:

- Das geltende Gesetz von 1993 ist veraltet und entspricht nicht mehr den heutigen Kommunikationsformen und -bedürfnissen. Eine Anpassung an die heutige technische Entwicklung und die Festlegung von Anforderungen an die Zugänglichkeit und Verständlichkeit der behördlichen Informationen auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind dringend angezeigt.
- Wie bereits im Rahmen der Grossratsdebatte über den regierungsrätlichen «Bericht über die Möglichkeiten der Medienförderung durch den Kanton Bern» erwähnt, befürwortet die FDP.Die Liberalen eine gesetzliche Grundlage, damit die Medien bzw. deren Umfeld indirekt vom Kanton finanziell gefördert werden können. Im Speziellen begrüssen wir die Förderung der Medienkompetenz und der politischen Bildung von jungen Menschen. Mit diesen Fördermassnahmen wird die Teilhabe am politischen Leben und die Wahrnehmung der demokratischen Rechte erleichtert und unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und

grüssen freundlich

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern



Stephan Lack
Kantonalpräsident



Stefan Nobs
Geschäftsführer